Einzelnummer 10 Pf.

Arbeiter-Stimme

Morgen Freitag: Rußland-Nummer

317

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostsachsen

Erscheint jeden Werktag nachmittag ★ Bezugspreis pränumerando pro Monat 1 Mark (monatlich 3 Mark); durch die Post bezogen 1 Mark (monatlich 3 Mark) ohne Zustellungsgebühr einschließlich der Beilagen „Der kommunistische Gewerkschafter", „Der kommunistische Genossenschafter", „Die Kommunistin", sowie der illustrierten Beilage „Der rote Sturm" ★ Verlag und Geschäftsstelle: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Fernsprecher: 17 200. ★ Redaktion Dresden-A., Güterbahnhofstraße 3, I. Sprechstunden der Redaktion: Täglich nachmittags von 5—6 Uhr. Sonnabends von 4—6 Uhr ★ Postscheckkonto Nr. 12 570 Dresden, Emil Schlegel ★ Anzeigenpreis: 20 Goldpfennige für die neunmal gespaltene Nonpareillezeile, 20 Goldpfennige für die Familienanzeigenzeile, 30 Goldpfennige für die Reklamezeile einschließlich 20% des jeweiligen Tarifzuschlags ★ Anzeigen tage vorher bis 4 Uhr nachmittags erbeten.

1. Jahrgang | Dresden, Donnerstag den 6. August 1925 | Nummer 97

Neue Kriegsvorbereitungen gegen Rußland

Gewaltpläne der Zoll- und Steuerräuber — Die Gewerkschaften „warnen" die Reichsregierung — Der französische Abgeordnete Doriot unter Anklage wegen Hochverrats — Macdonald als Büttel der englischen Regierung

Chamberlain über den Sicherheitspakt

Paris, 5. August. Wie die Agentur Havas meldet, bestätigt man am Quai d'Orsay die Nachricht, daß zwischen Paris und London ein Meinungsaustausch über die Frage einer Reise Briands nach London stattfindet. Der Zweck dieser Reise sei, in unmittelbaren Verhandlungen mit Chamberlain den Wortlaut der französischen Antwortnote auf die letzte deutsche Note zum Sicherheitspakt festzulegen.

Die „Iswestija" schreibt, die bemerkbare Milderung der Fragestellung über die Bedingungen des Eintritts in den Völkerbund seitens der deutschen Regierung rufe die Befürchtung hervor, daß Deutschland auf der schiefen Ebene der Sicherheitsfrontbildung gegen die Sowjetunion hinuntergleite, an deren Schaffung England arbeite. Die Milderung der deutschen Bedingungen für den Eintritt in den Völkerbund zeige, daß es der britischen Diplomatie allmählich gelinge, Deutschland in die gefährlichste Falle, nämlich die Loslösung von der Sowjetunion, zu locken.

Eine sehr wertvolle Beleuchtung des wahren Sinnes der englischen Sicherheitspolitik, der sich die Hindenburg-Luther-Regierung vollkommen unterordnet, liefert ein vertraulicher Brief Chamberlains an Herriot vom 2. März, der vom „Deutschenspiegel" veröffentlicht wird. In diesem Brief empfiehlt Chamberlain der französischen Regierung, den englischen Paktplan ausschließlich mit dem Hinweis auf die Kampfnotwendigkeit gegen Sowjetrußland. Im Brief heißt es u. a.:

„Obwohl die Politik der Sowjetregierung gegenwärtig vor allem auf die östlichen und die asiatischen Völker gerichtet ist, unterliegt es dennoch keinem Zweifel, daß die besiegten Völker Zentraleuropas psychologisch für den Gedanken eines militärischen Bündnisses mit dem ungeheuren Kräftereservoir Rußland vorbereitet sind und daß die Möglichkeit eines militärischen Bündnisses zwischen Deutschland und Rußland mit der Stabilisierung der inneren Lage Rußlands wächst. Ein Deutschland, das durch den „Vertrag über das Nichtüberfallen" mit anderen, diesen Vertrag mitunterschreibenden Ländern verbunden wäre, kann nicht mehr der militärische Alliierte und Mitarbeiter weder der jetzigen Sowjetunion noch eines künftigen Rußland sein. Indem sie die Möglichkeit eines deutsch-russischen Bündnisses verhindert, trägt die Mitarbeit Deutschlands auch zur Sicherheit Polens bei. Die Regierung Großbritanniens erachtet diese Erwägungen für so wichtig, daß sie für die Heranziehung Deutschlands zum Garantiepakt unter gleichen prinzipiellen Bedingungen und Verpflichtungen wie die der anderen Länder zu rechtfertigen geeignet sind.

Die Regierung Großbritanniens ist der Ansicht, daß die Teilnahme Deutschlands an diesem Pakt das beste Mittel ist, um Deutschland in den Völkerbund hereinzubeziehen und viele seitherigen bedeutenden Hindernisse auf dem Wege dazu wegzuräumen.

Die Ausführungen Chamberlains bestätigen in verblümter Diplomatensprache das, was wir über den Sicherheitspakt vom ersten Augenblick an behaupteten: er soll dazu dienen, Deutschland noch fester zu knebeln, die sich anbahnende, deutsch-russische Verständigung zu zerstören und Deutschland in die Kriegsfront gegen die Sowjetunion zu bringen. Alle Auslegungskünste Stresemanns und der SPD. können daran, besonders nach Bekanntwerden dieses Chamberlain-Briefes, nichts ändern. Deshalb sagt die Arbeiterschaft diesen Paktplänen den allerentschiedensten Kampf an!

Zoll- und Steuerraub mit Hilfe eines Ermächtigungsgesetzes!

Die Durchpeitschung der Steuergesetze mit dem skandalösen Hinauswurf der Genossen Höllein und Jadasch wird von den Regierungsparteien nur als Auftakt betrachtet für die noch tollere Durchpeitschung der Zollvorlage. Der Reichskanzler Luther hatte am Montag abend die Parteiführer, selbstverständlich mit Ausschluß der Kommunisten, zu einer Besprechung geladen. Dort wurde besprochen, wie man möglichst rasch die Zollvorlage unter Dach und Fach bringen könnte.

Es wurde dabei der Vorschlag gemacht, nach dem Muster der Ermächtigungsgesetze die ganze Zollvorlage in einen einzigen Paragraphen zu packen und lediglich eine Diskussion über diesen Mantelparagraphen zu gestatten.

Diese Gewaltpläne der Steuer- und Zollkoalition müssen endlich den letzten Arbeiter aufrütteln! Im Reichstag wird eine Steuer nach der andern durchgepeitscht, wobei die Schupo bereit steht, um die oppositionellen Kommunisten jederzeit mit Gewalt zu entfernen. Nach den Steuern kommen die Zölle, die jedes wichtige Lebensmittel, jedes Lebensbedürfnis unerhört verteuern müssen. Die Zentrumsführer haben es mit der Durchpeitschung der Zölle darum so eilig, weil die Empörung unter den Zentrumsarbeitern von Tag zu Tag wächst.

Jetzt gilt es, **durch außerparlamentarischen Druck der vereinten Arbeiterschaft der kämpfenden Steuer- und Zollopposition im Reichstag so zu Hilfe zu kommen, daß die Durchpeitschung der Zollvorlage nicht gelingt.**

Die sozialdemokratischen Arbeiter stehen vor der Frage, ob sie es dulden wollen, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion weiterhin so elende Scheinopposition macht. Die „loyale Opposition" der Hermann Müller und Konsorten ist keine Opposition. Die zahlenmäßig starke SPD.-Fraktion könnte zusammen mit den Kommunisten eine so wirkungsvolle parlamentarische Obstruktion treiben, daß die Zollvorlage in absehbarer Zeit nicht Gesetz werden könnte. Selbst der sogenannte „linke" Teil der Opposition könnte kostbare Zeit gewinnen helfen. Denn die Massen kommen in Bewegung; das beweist schon die Gärung unter den christlichen Gewerkschaftlern.

Freilich wird eine parlamentarische Obstruktion ihr Ziel nicht erreichen können, wenn bei den Führern der Gewerkschaften nicht der Wille zu außerparlamentarischem Widerstand vorhanden ist, entsprechend dem Aktionsprogramm der KPD. Das Beispiel des englischen Bergarbeitererfolgs zeigt, was die Gewerkschaften erreichen können, wenn auch die christlichen Gewerkschaftler mitgerissen werden.

Angesichts der Gewaltpläne der Zoll- und Steuerräuber gilt es für die Arbeiterschaft, in allen Betrieben und Organisationen die proletarischen Kräfte zu mobilisieren und die Führer der freien Gewerkschaften zur außerparlamentarischen Aktion zu zwingen!

•

Der ADGB. „warnt in letzter Stunde"

Berlin, den 6. August. ADGB., Asa und ADB. erließen heute zusammen mit dem Hirsch-Dunkerschen Gewerkschaftsring eine **„Warnung in letzter Stunde"** an die Reichsregierung, in der sie **gegen die Zölle Stellung nehmen.** Nach eingehender Schilderung der Lasten, die aus der Zollvorlage entstehen, **machen sie den Vorschlag, die Zollfreiheit für die Lebensmittel zunächst um ein weiteres Jahr zu verlängern.** Unterdessen sollen **zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion die Industriezoll- und Einfuhrverbote, durch die die landwirtschaftlichen Produktionsmittel verteuert werden, aufgehoben oder vermindert werden, die Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte soll freigegeben und die Umsatzsteuer auf Lebensmittel beseitigt werden,** und so durch ein systematisches Programm der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung (Genossenschaften, Ausbau des Kreditwesens usw.) die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Landwirtschaft zu heben. Nach Ablauf **eines Jahres wäre die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen zu prüfen und erst dann endgültig zu den Agrarzöllen Stellung zu nehmen.** Zugleich weisen die Gewerkschaften auf die **„ungeheure Verantwortung"** hin, die sie zwingen würde, den Kampf gegen die Teuerung **„mit aller Energie (!) zu führen, um einen neuen Raubbau an der Arbeitskraft und Volksgesundheit zu verhüten",** und warnen die Reichsregierung vor einem „Mißbrauch der Staatsmacht", um politische Parteiinteressen zu decken und einflußreichen Wirtschaftsgruppen Sondergewinne zuzuwenden.

Der ADGB. „warnt" die Reichsregierung mit radikalen Worten. Wir werden sehen, wie der ADGB. „den Kampf gegen die Teuerung" führen wird, oder ob diese Warnung nicht ebenso, wie schon so oft — man denke an die zehn Forderungen des ADGB. — eine leere Geste bleiben wird.

Wenn diese Eingabe an die Luther-Regierung nicht eine blasse Demonstration sein soll, so müssen der als sicher anzunehmenden Ablehnung der Vorschläge praktische Kampfmaßnahmen folgen. Wir können mit vielen der vom ADGB. aufgestellten Vorschläge einverstanden sein. Wenngleich sie auch nicht unseren Forderungen entsprechen, so erklären wir, **auch für die kleinsten Erleichterungen gemeinsam mit den Gewerkschaften unter Einsatz aller unserer Kräfte zu kämpfen.** Jetzt soll der ADGB. zeigen, ob er sich „seiner ungeheuren Verantwortung" bewußt und einen ernsthaften Kampf gegen den ungeheuren Zoll- und Steuerraubbau zu führen bereit ist.

Das neue Programm der SPD.

Von Erfurt nach Heidelberg.

Die auf dem Nürnberger Vereinigungsparteitag gewählte Programmkommission der SPD., die unter dem Vorsitz Kautskys stand, hat vor einigen Wochen das Ergebnis ihrer Tätigkeit in Gestalt eines neuen Programmentwurfs veröffentlicht, der dem Heidelberger Parteitag vorgelegt werden soll. Es war eine langwierige Geburt — aber man muß zur Ehrenrettung der Kommission zugestehen, daß es auch eine schwierige war. So einfach wie in Görlitz, wo man alle marxistischen Grundsätze offen über den Haufen warf und sich klar zu den Grundsätzen des Sozialverrats bekannte, war die Sache diesmal nicht: Die SPD. muß sich heute die Möglichkeit sichern, vor den Massen als die Erbin der alten revolutionären Sozialdemokratie und damit natürlich auch ihres Programms von Erfurt aufzutreten. — Aber gleichzeitig mußte dieses Programm so verwässert werden, daß damit die Politik der heutigen SPD. getrieben werden kann. Man muß zugeben, daß die Mitglieder der Programmkommission es trefflich verstanden haben, die schwierige Aufgabe zu lösen: Die Form von Erfurt mit dem Geist von Görlitz zu erfüllen.

Die prinzipielle Einleitung des Programms lehnt sich in der äußeren Form eng an das Erfurter Programm der alten Sozialdemokratie an. Nur einige kleine „Spitzen" sind herausgenommen, ganz unauffällig, aber charakteristisch. Da sind zunächst die Sätze weggestrichen, die von der notwendigen Verelendung der Arbeiterklasse im Kapitalismus handeln. „Sie sind längst überholt", meint die ganze reformistische Presse. Uns will es scheinen, daß im Zeitalter des Dawes-Planes und seiner Auswirkungen die Verelendungstheorie nicht so ganz überholt ist und daß jetzt die deutschen Arbeiter am eigenen Leibe spüren können, auf welche Weise sie auch vor dem Kriege „überholt war. Nämlich so, daß durch verstärkte Ausbeutung der Kolonien — zu denen eben heute auch Deutschland gehört — es den Kapitalisten der imperialistischen Länder ermöglicht wurde, ihre eigene Arbeiterschaft vorübergehend zu bestechen. Macht nichts — die SPD.-Presse findet das Fallenlassen der Verelendungstheorie „selbstverständlich" und begrüßt die neue Fassung des Programms, wonach der Arbeiterklasse „der volle Anteil an dem materiellen und kulturellen Fortschritt, den die gesteigerten Produktionskräfte ermöglichen, vorenthalten" wird. So viel wir wissen, bestand bisher die Meinung, daß die Arbeiterklasse um die Gesamtheit der von ihr geschaffenen Werte kämpft und nicht um einen „gerechten Anteil" — zu deutsch also: Brosamen, den ihr die Kapitalisten hinwerfen.

Aber freilich entspricht die Aenderung durchaus der gesamten Einstellung der Sozialdemokratie, die sich hier hinter den allgemeinen prinzipiellen Phrasen hervordrängt. Die SPD.-Presse begrüßt dies. Und ebenso begrüßt sie das völlige Fallenlassen der Krisentheorie, die freilich in einem SPD.-Programm keinen Platz mehr hat. Bildet doch die Ueberzeugung von der inneren Gesundheit und Lebensfähigkeit des Kapitalismus die Hauptgrundlage der ganzen sozialdemokratischen Politik. Es wäre unlogisch, aus falscher Anhänglichkeit an — nach Meinung der sozialdemokratischen Theoretiker doch längst „überholte" marxistische „Vorurteile" — diesen frommen Glauben irgendwie zu erschüttern.

Das ganze Gesicht der SPD. wird frei enthüllt in einigen Sätzen, die hinter dem natürlich stark abgeschwächten Bekenntnis zum „Internationalismus" eingefügt sind. Dort heißt es: „Diese Pflichten (die sich aus der internationalen Solidarität ergeben) sind aufs innigste verknüpft mit den Pflichten der Sozialdemokratie eines jeden Landes gegenüber dem eigenen Volk." Im Munde der SPD. bedeutet das die Pflicht gegenüber der eigenen Bourgeoisie, gegebenenfalls Burgfriedenspolitik zu machen und den 2. August 1914 zu wiederholen. Aber z. B. dem „Halleschen Volksblatt" ist selbst dieses „Bekenntnis zum Staats" noch zu wenig „positiv". Es vermißt eine offene Erklärung für den imperialistischen Krieg, indem es den Satz des Programms kritisiert, wonach „die Arbeiter aller Länder am proletarischen Befreiungskampf gleichmäßig beteiligt" sind. Nach der Meinung des „Volksblatts" könne man nicht leugnen, daß „die Interessen des Proletariats der verschiedenen Kulturländer trotz vielfach ähnlicher Tendenz nicht kongruent (gleichartig) sind". Und dieser Ungleichartigkeit der Interessen — das heißt dem angeblichen Interesse des Proletariats jedes Landes, gemeinsam mit den „eigenen" Kapitalisten gegen die ausländischen Klassengenossen zu kämpfen, müsse eben Rechnung getragen werden. Daß dies im Programm „noch nicht genügend" geschehen ist (wir müssen sagen, daß wir an seinem Sozialpatriotismus Ekel gerade genug haben) fällt dem „Volksblatt" schwer auf die